



*ESCUELA INTERNACIONAL DE FILOSOFÍA INTERCULTURAL
INTERNATIONALE SCHULE FÜR INTERKULTURELLE PHILOSOPHIE
INTERNATIONAL SCHOOL FOR INTERCULTURAL PHILOSOPHY
ÉCOLE INTERNATIONALE DE PHILOSOPHIE INTERCULTURELLE*

**Raúl Fornet-Betancourt
(Hrsg.)**

**Neue Kolonialismen in den Nord-Süd Beziehungen
Nuevos colonialismos en las relaciones norte-sur
New Colonialisms in North-South Relations**

**Dokumentation des X. Internationalen Seminars des
philosophischen Dialogprogramms Nord-Süd**

Digitale Edition
Aachen / Barcelona 2021

Digitale Edition:
© 2021 EIFI

Raúl Fornet-Betancourt (Hrsg.)

Neue Kolonialismen in den Nord-Süd-Beziehungen

Nuevos colonialismos en las relaciones Norte-Sur

New Colonialisms in North-South Relations

Dokumentation des X. Internationalen Seminars des
Dialogprogramms Nord-Süd

IKO-Verlag, Frankfurt/M. 2005

Inhalt / Contents / Índice

Vorwort	7
Einleitung – Introduction	
<i>Raúl Fornet-Betancourt</i>	9
Eröffnungsvortrag	
Internationale Beziehungen:	
Was ist wünschenswert: das Imperium als Weltstaat oder die	
Völkergemeinschaft?	
<i>Karl-Otto Apel</i>	29
1. Empire or Cosmopolis?	
Civilization at the crossroads	
<i>Fred Dallmayr</i>	45
2. Leben ist mehr als Kapital	
<i>Franz J. Hinkelammert</i>	71
3. Notas sobre las formas actuales del colonialismo en África	
<i>Albert Kasanda Lumembu</i>	83
4. New Colonialisms:	
A Theologico-Political Reflection from Africa	
<i>Peter Kanyandago</i>	101

5. Relaciones interculturales y justicia social: Una fundamentación pluralista <i>León Olivé</i>	123
6. Nuevos colonialismos: Una visión desde el mundo árabe <i>Mohamed Larbi Messari</i>	145
7. Modernidad, Imperios Europeos, Colonialismo y Capitalismo <i>Enrique Dussel</i>	155
8. Neue Kolonialismen in der Europapolitik? <i>Gerd-Rüdiger Hoffmann</i>	179
9. Condiciones de la interculturalidad <i>Luis Villoro</i>	219
10. Neocolonialism – The Asian Experience <i>Felix Wilfred</i>	231

This document was created with Win2PDF available at <http://www.daneprairie.com>.
The unregistered version of Win2PDF is for evaluation or non-commercial use only.

Vorwort

In Zusammenarbeit mit der spanischen Universität Sevilla organisierte das Lateinamerikareferat des Missionswissenschaftlichen Institutes Missio e.V. das X. Internationale Seminar des Dialogprogramms Nord-Süd vom 2. bis zum 6. März 2004 in Sevilla.

Im Mittelpunkt des diesmaligen Treffens dieser Initiative zur Förderung des Nord-Süd-Dialogs stand die Auseinandersetzung mit neuen Formen des Kolonialismus in den Beziehungen zwischen Nord und Süd, wobei selbstverständlich die Suche nach Alternativen einen wesentlichen Aspekt der Fragestellung ausmachte. Das verdeutlichen die Referate, die im vorliegenden Band als Dokumentation des X. Internationalen Seminars des Dialogprogramms Nord-Süd¹ veröffentlicht werden und die in diesem Sinne den Versuch darstellen, die Frage der neuen Kolonialismen kritisch aus der Sicht verschiedener Erfahrungen und Perspektiven zu erörtern. Die Referate wurden in der Sprache, in der sie jeweils gehalten wurden, und zwar entsprechend des Tagungsprogramms dokumentiert.

Den Kollegen Juan Antonio Senent und David Sánchez von der Universität Sevilla schulde ich Dank für die engagierte Organisation und Durchführung des Seminars vor Ort sowie für die Mitfinanzierung. Ebenfalls Dank sage ich dem Missionswissenschaftlichen Institut Missio e.V. für die finanzielle Unterstützung. Elisabeth Steffens sei ebenfalls für die Hilfe bei der Vorbereitung, Durchführung und Herstellung der Druckvorlage ein herzliches Dankeschön ausgesprochen.

Zuletzt ein Hinweis in eigener Sache: das XI. Internationale Seminar des Dialogprogramms Nord-Süd wird vom 19. bis 24. September 2005 in Eichstätt (Deutschland) stattfinden. Das Rahmenthema lautet: „Neue Formen der Solidarität zwischen Nord und Süd. Gerechtigkeit universalisieren“.

Aachen, im Juni 2005
Raúl Fornet-Betancourt
– Herausgeber –

¹ Für die Dokumentation der bisher durchgeführten Seminare vergleiche die bibliographischen Hinweise in der Einleitung dieses Buches.

Franz J. Hinkelammert

Leben ist mehr als Kapital

Die Demokratie der Staatsbürger und das Projekt der Gesellschaft, in der alle Menschen Platz finden

Beginnen möchte ich mit einem Zitat von Marx. Es handelt sich um ein Zitat, das an einer entscheidenden Stelle im „Kapital“ steht: am Ende der Analyse des relativen Mehrwertes.

„Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“¹

Dieses Zitat beschreibt, wie wir heute die Welt wahrnehmen und in Konsequenz unsere Kritik am Kapitalismus formulieren. Es drückt eine Sichtweise aus, die den Menschen heute allgemein geworden ist, jenseits von Rechts oder Links, jenseits der gesellschaftlichen Klassen.

Gleichzeitig aber fasst es den Kernpunkt der Kapitalismuskritik von Marx zusammen. Jenseits von Leerformeln ewiger Werte, die von irgendeiner unauffindbaren menschlichen Existenz abgeleitet werden, präsentiert es uns diejenigen Werte, die Marx selbst vertritt, insbesondere sein Konzept von „Gerechtigkeit“. Ich glaube, dass wir auch heute noch kein Gerechtigkeitskonzept haben, das darüber hinausgeht.

Dieses Konzept von Gerechtigkeit, das uns das Zitat präsentiert, entsteht vor dem Hintergrund eines Konzeptes von *Un-Gerechtigkeit*. Das lässt sich leicht vom Text ableiten: Ungerechtigkeit entsteht, wenn man den Reichtum produziert, indem man „zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“. Der Begriff „Arbeiter“ bezieht sich hier nicht allein auf die Arbeiterklasse, sondern auf den Menschen als arbeitendes Wesen. Hieraus können wir schließen, was Gerechtigkeit ist: den Reichtum auf solche Weise produzieren, dass zugleich die Springquellen allen Reichtums *bewahrt* werden: die Erde und der Arbeiter. Mit anderen Worten können wir sagen, dass das heute definiert, was das „Allgemeinwohl“ ist: ein Interesse von allen, und somit ein Interesse jedes Einzelnen.

¹ Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 1, MEW, 23, Berlin 1971, S. 528/530.

Sich für Gerechtigkeit einsetzen, heißt heute tatsächlich: sich für dieses Allgemeinwohl einsetzen. Gerechtigkeit beschränkt sich daher nicht auf die sogenannte „verteilende Gerechtigkeit“, sondern sie umfasst das ganze menschliche Leben ein.

Unsere These lautet: die kapitalistische Gesellschaft produziert Reichtum, indem sie zugleich die Quellen der Produktion des Reichtums untergräbt. Das muss nicht als absolut verstanden werden. Zu einem guten Teil hatten auch die Gesellschaften des historischen Sozialismus analoge Auswirkungen. Wenn wir das berücksichtigen, erleben wir heute aber zweifellos von neuem, dass die kapitalistische Gesellschaft das Zentrum dieser Art von Zerstörung ist.

Diese These ist in keiner Weise „ökonomizistisch“. Denn sie geht von den Bedingungen der Möglichkeit des menschlichen Lebens aus. Und die allein bestimmen, was Gerechtigkeit und Allgemeinwohl sind. Diese Bedingungen aber sind „körperlich“. Zwar bezieht sich die Aussage auf die Gesellschaft in allen ihren Dimensionen, aber sie charakterisiert diese Gesellschaft in bezug auf die Bedingungen der Möglichkeit des menschlichen Lebens. So ergibt sich ein Unterscheidungskriterium, das sich auf die gesamte Gesellschaft bezieht. Dieses Kriterium gilt somit auch für die Wirtschaft, wenn man Wirtschaft so versteht, wie das heute üblich ist: als Raum der Zuordnung knapper Mittel für Zwecke.

Diese Bedingungen der Möglichkeit des menschlichen Lebens begründen heute einen Kreislauf: den natürlichen Kreislauf des menschlichen Lebens. Menschliches Leben ist nicht möglich, wenn es nicht in diesen natürlichen Kreislauf integriert ist. Von diesem Kreislauf getrennt zu werden, bedeutet den Tod. Und die Untergrabung der Springquellen aller möglichen Produktion ist lediglich die andere Seite der Untergrabung dieses natürlichen Kreislaufs des menschlichen Lebens.

Die Ausschaltung des Staatsbürgers

Heute drängt uns der Kapitalismus seine Strategie in der Form eines politischen Projektes auf, das aus den privaten Bürokratien der transnationalen Unternehmen geboren und weitgehend unter dem Namen „Globalisierung“ vorgestellt wird. Dieses Projekt untergräbt nicht nur die Springquellen der Produktion allen Reichtums, sondern auch die Demokratie selbst. Die Staatsbürgerdemokratie ist zur Kundendemokratie übergegangen.

Ist dieses politische Projekt erst einmal durch die Strategien der privaten Bürokratien bestimmt, verlieren die Wahlen im Sinne einer politischen Partizipation jeden Sinn. Denn wählen tut man jetzt nur noch diejenige Person, die am geeignetsten erscheint (weil sie attraktiv, sympathisch oder telegen ist), ein politisches Projekt umzusetzen, das durch die Strategien der privaten Bürokratien bestimmt wurde.

Dieses politische Projekt definiert man im Namen der Technik. Und unter Technik versteht man die Technik des Marktes.

Aus diesem Grunde tauchen jetzt Räte von Wirtschaftssachverständigen auf, die vorgeben, dass sie genau diejenige Technik übermitteln, die das einzig mögliche politische Projekt determiniert. In Konsequenz verschwindet die Politik, wie man sie traditionellerweise versteht. Der Politiker hat nun die Funktion, gegenüber dem Widerstand, der oft von Volksgruppen herrührt, dasjenige Projekt durchzusetzen, das die Sachverständigenräte im Namen der Markttechnik formuliert haben. Bei den Sachverständigenräten handelt sich um „Räte von Weisen“, die Anspruch auf absolutes Wissen erheben. Diese Gruppen kennen keine Grenzen: Sie haben die Funktion, das vorbestimmte Projekt im Namen der Technik des Marktes gegen Wind und Wetter zu verteidigen. Sie verwandeln sich in Planieraupen. Für sie gibt es weder Demokratie noch Werte: Mit oder ohne Demokratie, mit oder ohne Werte: es geht darum, das technisch determinierte Projekt auf politischer Ebene zu verwirklichen.

Diese Sachverständigen entwerfen das Projekt, aber sie entwerfen es ausgehend von Grundlagen, auf die sie selbst keinen Einfluss nehmen können. Das Projekt liegt fest, bevor es entworfen wird. Aber die Sachverständigen müssen es in einer solchen Weise entwerfen, dass die Politiker es all denjenigen aufzwingen können, die Widerstand leisten könnten. Sie entwerfen Betrügereien, falsche Argumente, alles ist erlaubt, um das Projekt durchzusetzen.

Der Politiker ist eine Art Marionette, die man präsentiert, um dem besagten vorbestimmten Projekt Unterstützung zu gewährleisten. Er bestimmt es nicht, und er soll es auch nicht bestimmen. Er hat lediglich die Aufgabe, es auf der Staatsebene zu repräsentieren. Er repräsentiert nicht seine Wähler, sondern er repräsentiert dieses Projekt gegenüber seinen Wählern. Somit besteht seine Funktion darin, ein Projekt umzusetzen, bei dessen Entwicklung die Politik keine Rolle spielt. Und sobald der Politiker versucht, selber auf das Projekt Einfluss auszuüben, wird er ausgegrenzt.

Diese Verwandlung des Politikers in den Repräsentanten eines Projektes, das von Sachverständigen mit absolutem Wissen entworfen worden ist, führt dazu, dass der Staatsbürger selbst ausgeschaltet wird. Man verweigert ihm die Mündigkeit. Er ist ein Wesen, das der Vormundschaft bedarf. Und sein Vormund ist der Sachverständigenrat, der Bescheid weiß.

Es gibt keine Alternativen! Darin besteht die Ausschaltung des Staatsbürgers und die erzwungene Absage an die Demokratie. Das ist darüber hinaus Ergebnis davon, dass man die Politik in die simple Anwendung einer Technik verwandelt. Die demokratischen Institutionen werden ausgeleert. Sie können lediglich in dem Grad überleben, in dem sie versprechen, sich darauf zu beschränken, diese Technik mit ihrer einzigen Alternative durchzusetzen.

Es ist wie im alten Rom, das die Techniker der Macht heute so bewundern. Als Augustus sich zum Kaiser erhob, löste er die Republik nicht auf. Ihre wesentlichen Institutionen überlebten. Aber sie wurden entleert. Von dem Moment an waren sie keine politischen Instanzen mehr, mit der Fähigkeit, Politiken zu bestimmen, sondern sie verwandelten sich in Organe der absoluten Macht des Kaisers. Als sie diese Position erst einmal akzeptiert hatten, konnten sie weiter existieren.

Wenn die USA heute vorhaben, das neue Rom zu sein, dann bedeutet das, dass sie dabei sind, genau so mit ihren demokratischen Institutionen umzugehen. An einem Punkt aber wird das neue Rom anders als das alte Rom sein. Denn mittlerweile gibt es die Person eines Kaisers nicht mehr. An seiner Stelle steht das Projekt, das die Sachverständigen mit dem absoluten Wissen entworfen haben, das Projekt, gegenüber dem die ganze Welt auf die Knie fallen muss.

Aber die Sachverständigen bestimmen dieses Projekt nicht etwa selbst. Auch sie haben keine Alternative. Denn hätten sie etwas anderes als dieses Projekt entworfen, wären sie entlassen und ausgegrenzt worden. Sie haben keine Alternative, und um sich auf ihren Posten zu halten, müssen sie zwangsläufig immer wieder das gleiche wiederholen, auch wenn nicht einmal sie daran glauben. Aber diese Wiederholungen können sie so sehr verdummen, dass sie schließlich selbst daran glauben. Und dann halten sie sich für diese Weisen mit absolutem Wissen.

Wenn aber diese Sachverständigen das Projekt, das so unfehlbar und ohne Alternativen ist, nicht selbst bestimmen, von woher kommt es ihnen zugeflogen? Wer ist der Kaiser dieses neuen Roms, das heute die USA zu sein beanspruchen?

Hier gibt es keine Person, die wie der Kaiser Augustus wäre. Nichtsdestotrotz gibt es etwas, das die Richtung bestimmt, und das an die Stelle des Kaisers getreten ist. Auch wenn das ganz sicher nicht der Präsident der USA ist.

Dennoch: es steckt etwas dahinter. Und das zeigt sich in der Art und Weise, in der man in bezug auf dieses vorbestimmte Projekt spricht: man spricht von der **Strategie der Globalisierung**. Und tatsächlich besteht das Projekt, das in der Gegenwart die Politik bestimmt, darin, genau diese Strategie der Kapitalakkumulation auf ein Niveau zu projizieren, das die Welt samt allen ihren gesellschaftlichen Ebenen umfasst. Es handelt sich um ein Projekt mit globaler Reichweite.

Dass die Welt heute global ist, ist nun ganz klar kein Ergebnis dieser Globalisierungsstrategie. Die globale Welt ist Ergebnis einer langen früheren Geschichte. Sie ist nicht das Ergebnis der Globalisierungsstrategie, sondern ihre Voraussetzung und Bedingung. Weil unsere Welt global ist, können sich die Privatbürokratien der transnationalen Unternehmen entwickeln und installieren, und als solche aus dieser Globalität Nutzen schlagen. Die Globalisierungsstrategie ihrerseits ergibt sich daraus, dass diese Privatbürokratien sich in ihrem Handeln an dem Kriterium der Gewinnmaximierung orientieren. Denn auch wenn die Privatbürokratien gegeneinander kämpfen, sind ihre Kämpfe durch eine gemeinsame Strategie miteinander verbunden. Diese Strategie besteht darin, die Bedingungen des gegenseitigen Kampfes weltweit zu realisieren, und zwar sowohl auf Staatsebene als auch auf der Ebene der einzelnen Bevölkerungen. Gemeinsam verteidigen die Privatbürokratien diese Strategie, nur um sich dann gegenseitig im Rahmen genau dieser Strategie und der von ihr formulierten Bedingungen zu attackieren: im Rahmen der Bedingungen ihres Kampfes, den sie gemeinsam propagiert haben.

Bei den besagten Kampfbedingungen handelt es sich um Bedingungen der Homogenisierung und McDonaldisierung der Welt. In Lateinamerika wurden sie zu Beginn der 80er Jahre des 20. Jhs. in Form der Strukturanpassungsmaßnahmen sichtbar. Die Strukturanpassungsmaßnahmen zeigen sehr deutlich an, was die Bedingungen des globalen Funktionierens der Privatbürokratien sind. Sie zwingen Lateinamerika diese Strategie auf, die sie als politisches Projekt ohne Alternative umsetzen. In Konsequenz werden sowohl die Demokratie wie auch die Menschenrechte untergraben bzw. eliminiert.

Auf dem Gebiet der Demokratie impliziert das, den Staatsbürger selbst auszuschalten. Man nimmt ihm das Recht, Politik zu gestalten, indem man ungefragt die Politik durch die Durchsetzung der Globalisierungsstrategie der Privatbürokratien ersetzt.

Auf diese Weise erreichen die Privatbürokratien eine gigantische Macht: eine Macht, die global agieren kann, und die groß genug ist, um selbst die Staaten solcherart unter Druck zu setzen, dass keine Gegenwehr mehr möglich ist. In Wirklichkeit aber handelt es sich bei der Macht um eine Macht zur Erpressung. Denn allein die Drohung, das Kapital zurückzuziehen reicht dazu aus, die Staaten daran zu hindern, gegen diese Privatbürokratien vorzugehen. Als Folge davon können die Privatbürokratien nach Lust und Laune Wirtschaftskrisen produzieren, deren Konsequenzen dann die Regierungen stürzen, insofern sie bereit sind, dem Druck der Privatbürokratien nachzugeben. Und je weiter die Strukturanpassungsmaßnahmen voranschreiten, desto größer wird dieses Druckmittel.

Daraus ergibt sich, dass die Privatbürokratien diejenige Instanz sind, die die Politik fesselt und sich über die Demokratie und die Menschenrechte hinwegsetzt. Von Menschenrechten sprechen sie nur, wenn sie einen weiteren Krieg gegen ein weiteres Land propagieren. Sie sind nichts weiter als Rechtfertigungen neuer Kriege. Aber auch die Privatbürokratien sind nicht der Kaiser dieses Systems. Denn auch die Manager der Privatbürokratien haben keine Alternative. Niemand von ihnen könnte alternativ handeln. Sobald sie das täten, würden auch sie ihre Posten verlieren. Sie müssen die Strategie der Privatbürokratien durchsetzen, und dabei bleibt ihnen nur sehr wenig Raum zum Abweichen. Damit aber befinden sie sich in einer Situation, die derjenigen der Politiker sehr analog ist. Sie herrschen nicht, sondern sie sind der Strategie, die sie durchsetzen, selber unterworfen.

Der Kaiser erweist sich als ein anonymes Räderwerk, eine große Mühle, eine Art schwarzes Loch, das alle aufsaugt.

In einem Artikel der Wochenzeitung „Der Spiegel“, der sich auf die Demonstrationen bezieht, die gegen die Globalisierungsstrategie der Privatbürokratien gerichtet sind, zeigt sich, wie dieses schwarze Loch funktioniert, „Dieser wachsende Reigen der Dissidenten aus der internationalen Politik- und Finanzelite illustriert jedoch zugleich, wie ratlos auch viele derjenigen sind, die den Demonstranten als die Lenker der Globalisierung erscheinen. Selbst die scheinbar übermächtigen Konzernbosse beklagen, sie seien mit den Anliegen ihrer Kritiker überfordert. „Wo Menschen früher die Lösung politischer und ökologischer Probleme von der Regierung erwarteten, for-

dern sie jetzt Unternehmen direkt dazu auf, die Rolle zu übernehmen', beobachtete der Präsident des Ölgiganten Royal Dutch/Shell, Cornelius Herkströter. Doch ,wir haben gar nicht die Befugnis, diese Aufgabe zu übernehmen', weist er die Verantwortung von sich. ,wir haben kein Mandat'.²

Die Zeitung fügt hinzu:

„Gleichzeitig machen die Mandatsträger jedoch die Erfahrung, dass sie sich besser den Forderungen der Multis beugen, weil sie sonst mit Kapitalflucht und Investitionsstop bestraft werden.“³

Die Demonstranten wenden sich an die Privatbürokratien, damit diese auf ihre Forderungen reagieren. Diese wiederum antworten mit Recht, dass ihr Mandat ihnen nicht erlaubt, solche Entscheidungen zu treffen. Ihr Mandat besteht darin, Gewinne zu maximieren. Sie behaupten, dass andere Instanzen dieses erstere Mandat haben, u.a. auch die Regierungen. Aber wenn die Regierungen reagieren wollen, haben dieselben Privatbürokratien die Macht, ihnen jede Reaktion unmöglich zu machen; darüber hinaus haben sie außerdem *das Mandat*, genau das auch zu tun. Sie schreiben den Regierungen vor, was zu tun ist, und machen es ihnen gleichzeitig unmöglich, zu reagieren.

Das ist die tödliche Falle, die Katze, die sich in den Schwanz beisst. Die Globalisierungsstrategie begibt sich in eine Sackgasse. Das ist wie im Film „Falle 22“.

Aber die Produktion des Reichtums, den die Privatbürokratien, die die Strategie umsetzen, produzieren, untergräbt die Quellen der Produktion allen Reichtums: die Erde und den Menschen als Arbeiter. Sie löst einen Prozess der Selbstzerstörung aus, von dem die gesamte Gesellschaft betroffen ist. Bemerkbar macht sich das mit der Krise des Ausschlusses großer Teile der Bevölkerung, in der Krise der zwischenmenschlichen Beziehungen und in der Umweltkrise.

Aber es gibt keine Alternative. Und es ist *tatsächlich* so, dass es keine Alternative *innerhalb dieses Systems* gibt. Dieser Verdacht besteht schon seit den Anfängen der bürgerlichen Gesellschaft bei ihren eigenen Vertretern. Hobbes sprach vom System als dem „Leviathan“, John Locke dann von dem „Grossen Leviathan“. Zu Beginn des 20. Jhs. gab Max Weber diesem Räderwerk einen mehr säkularen Namen, der aber das gleiche ausdrückt.

² *Der Spiegel*, 30/2001, S. 34.

³ *Ibid.*

Weber sprach von der Verwandlung des Kapitalismus in ein „stählernes Gehäuse“. Und mit Blick auf die Tatsache, dass es für diejenigen Handlungen, die sich in diesem selbstzerstörerischen Prozess abspielen, keine Verantwortlichen gibt, verwendet Weber den Begriff der „herrenlosen Sklaverei“. Alle verwandeln sich in herrenlose Sklaven, hineingezwungen in dieses stählerne Gehäuse, auch wenn einige darin etwas bequemere Plätze als andere haben. Aber Herren gibt es nicht, lediglich Unterworfenen ohne Alternative.

Der Kaiser dieses neuen Roms hat sich in ein Gefängnis verwandelt, das die Gefangenen für sich selber gebaut haben. Einer kontrolliert den anderen, damit er nicht ausbricht. Das Ergebnis ist der „sterbliche Gott“ von Hobbes.

Was ist der Grund für diese Entwicklung? Sie ergibt sich daraus, dass die menschliche Person auf das Individuum reduziert worden ist. Als Individuum, das nichts als seinen Nutzen kalkuliert, kann es nicht anders, als dieses System zu konstruieren, das in dieses stählerne Gehäuse mündet. Diese Konstruktion verwirklicht sich Schritt für Schritt: indem sich die gesellschaftlichen Beziehungen auf Beziehungen zwischen Individuen reduzieren, und indem sich der Markt in die entscheidende gesellschaftliche Beziehung verwandelt, die sich alle anderen Beziehungen unterwirft, mit der Tendenz, sie nach und nach zu zerstören. Wenn jeder Einzelne seinem Nutzenkalkül folgt, ist der Weg zum stählernen Käfig obligatorisch. Er ergibt sich aus den Sachzwängen. Und wenn der stählerne Käfig erst einmal konstruiert ist, führen genau diese Zwänge zu seiner eigenen Reproduktion. Insofern man der Logik dieses Individuums folgt, gibt es keinen Ausweg und gibt es keine Alternative. Alles erweist sich als unmöglich.

Wir alle erfahren aus dem Inneren des Käfigs heraus diese Tatsache, dass es keine Alternative gibt. Jeder Schritt, den man machen könnte, scheint ein vergeblicher Schritt zu sein. Keine Perspektive ist sichtbar, und es gibt keine Hoffnung. Der Baum, den wir nicht fällen, bedeutet überhaupt nichts gegenüber der Abholzung gesamter Wälder, die durch die Privatbürokratien im Namen von Sachzwängen in die Wege geleitet wird – aber ebenso von hungrigen Menschen, die ihr Essen zubereiten müssen. Die Sachzwänge reißen sie mit sich. Das wiederholt sich auf allen möglichen Gebieten des menschlichen Handelns. Wir müssen uns mit irrelevanten Schritten zufrieden geben, ohne dem selbstzerstörerischen Prozess selbst begegnen zu können: der Untergrabung der Springquellen allen Reichtums, der Erde und des Menschen.

Über diese Erfahrungen jedes Einzelnen erheben sich die Ideologien der Zerstörung. Die Privatbürokratien selbst leiten sie an und das können sie deshalb tun, weil sie als Privatbürokratien die Eigentümer und Direktoren der führenden Medienunternehmen sind.

Im Inneren dieses gigantischen Käfigs aus Stahl regiert das Prinzip, demzufolge man nur überleben kann, wenn man den anderen niederringt, der ebenfalls überleben will. Der Brudermord verwandelt sich in einen der Motoren der Systemdynamik. Alles ist ein Kampf. Und man kann in diesem Kampf nur gewinnen, wenn man den anderen zum Verlierer macht, auch wenn die Marktideologie, die durch die Medien der Privatbürokratien vollmundig verbreitet wird, die These vertritt, dass aufgrund einer unsichtbaren Hand letztlich alle gewinnen werden. Aber der Ausschluss von immer größer werdenden Teilen der Bevölkerung und die Umweltzerstörung sind Zeugen dafür, dass dieser Wettbewerb tatsächlich in einem „mörderischen Wettbewerb“ aufgeht, der durch Privatbürokratien mit „Killerinstinkt“ durchgeführt wird.⁴

Freiheit wird zur Freiheit zum Mord. Genau so versteht man heute die Freiheit: Freiheit des Stärksten, sich den Anderen zu unterwerfen. Das gegenwärtige Imperium, das ganz offen gegenüber jedem möglichen Land sein Recht zum Krieg erklärt, entsteht in Funktion genau dieser Freiheit. Und in diesem Sinn erklärt der heutige Präsident der USA, George Bush:

Wir sind eine Militärmacht, die keine Parallele hat, wir haben das Recht, in der ganzen Welt zu handeln, um die Marktwirtschaft durchzusetzen und die Energiesicherheit zu garantieren und wir können jeden angreifen, den wir als Bedrohung ansehen, und jedes Land, das sich in eine militärische Konkurrenz verwandeln könnte. (Dokument „Strategie der Sicherheit der Vereinigten Staaten, 2002, unterschrieben von George W. Bush selbst.)⁵

⁴ Maucher, der Vorsitzende des Schweizer multinationalen Unternehmens Nestlé erklärte 1991, dass er Manager mit „Killerinstinkt“ und „Kampfeswillen“ will (*Arbeitgeber*, 1/1991). Maucher versteht sich selbst als einen Menschen mit „Killerinstinkt“. Und das versteht er als eine Ehre. Das Konzept des „Killerinstinktes“ ist Teil der Sprache geworden, mit der die Manager sich selber bezeichnen. Der Autor des Bestsellers Jack Trout hat es noch erweitert, und das Konzept des „Killerwettbewerbes“ geschaffen. (*Tagesanzeiger*, 10.09.2001. Beide Zitate nach Spieler, Willy: *Liberale Wirtschaftsordnung – Freiheit für die Starken?*, in: *Neue Wege*, September 2002, Zürich.) Nach Trout, erreicht der Wettbewerb seinen Idealzustand, sobald er zum „Killerwettbewerb“ geworden ist.

⁵ Zitiert nach Raúl Kollmann: Irak termina en la Triple Frontera. *attac-informativo@attac.org* 28.3.2003. Eigene Übersetzung aus dem Spanischen.

Diese Freiheit begründet den Käfig aus Stahl und regiert in seinem Inneren. Gibt es einen Ausweg aus diesem stählernen Käfig? Sicher ist: je mehr der Mensch darauf reduziert wird, Individuum zu sein, desto weniger ist es ihm möglich, aus dem Käfig zu entinnen. Aber der Mensch lässt sich nur schwer auf ein Individuumdasein reduzieren. Er behält immer noch einen Fuß außerhalb des Käfigs. Denn wenn das nicht so wäre, könnte er nicht mal wissen, dass er in diesem Käfig lebt.

Die Rückgewinnung des Staatsbürgers ausgehend von der Rückkehr des Subjekts

Indem der Mensch auf das Individuum reduziert wird, das Eigentümer ist und seinen Nutzen kalkuliert, unterdrückt man seinen anderen Pol: das „Subjekt“. Dieses Subjekt verschwindet nicht, sondern es wird verdrängt. Als Subjekt weiß der Mensch: Ich kann nicht leben, wenn der Andere nicht leben kann. Er fordert das erobernde und possessive Individuum heraus, dass durch die Zerstörung und schließlich den Tod des Anderen leben will. Dieses menschliche Subjekt ist die Instanz, von der aus man auf den geschlossenen und im Namen des Individuums hochgezogenen stählernen Käfig Druck ausüben kann. Das System erhebt sich über das Verbrechen des Brudermordes – von den Söhnen Kains selbst begründet –, und das Subjekt greift im Namen der Tatsache ein, dass man nur dann leben kann, wenn auch der Andere leben kann. Gegenüber dem System behauptet es fest: Mord ist Selbstmord.

Dieses Subjekt ist die einzige Instanz, von der aus man dem System begegnen kann – dem System, das sich in selbst verschließt, um sich in ein stählernes Gehäuse zu verwandeln.

Genau von diesem Subjekt aus müssen die Demokratie des Staatsbürgers und seine Mündigkeit, die durch das System negiert wird, wieder zurückgewonnen werden. Diese Position des Subjekts kann der Mensch aber nur als Staatsbürger in die Politik einbringen. Es ist der Staatsbürger, der fordert, dass das System nicht auf dem Brudermord aufbaut, und dass das Leben aller zu sichern ist, damit jeder leben kann. Und es ist der Staatsbürger, der die Gesellschaft einfordert, in der alle Menschen wie auch die äußere Natur leben können.

Das ist die gerechte Gesellschaft, die dem Allgemeinwohl dient. Mit anderen Worten, es ist die Gesellschaft, die den Reichtum produziert, indem sie

die Springquellen der Produktion allen Reichtums *bewahrt*: die Erde und den Menschen als arbeitendes Wesen.

Der Mensch als Staatsbürger ist die einzige Instanz, die vom Subjekt aus das System dazu zwingen kann, seinen stählernen Käfig zu öffnen, damit es zum Haus aller wird. Aber das kann er nur machen, wenn er dasjenige politische Recht wieder zurückgewinnt, das ihm erlaubt, in den Markt und damit in den Machtbereich der Privatbürokratien einzugreifen. Die Wirtschaft selbst muss demokratisiert werden. Diese Demokratisierung aber muss ihren Grundpfeiler in dem Recht des Staatsbürgers haben, das eine Politik der Intervention in den Markt und folglich in die Machtbereiche der Privatbürokratien möglich macht.

Die Staatsbürgerschaft lässt sich nicht zurückgewinnen, ohne dieses grundlegend Recht auf den systematischen Eingriff in den Markt zurückzugewinnen. Letzteres ist die Grundlage jeder machbaren Demokratie, und wo es fehlt, verwandeln sich die demokratischen Institutionen in den Bildschirm einer absoluten Macht, die sich jenseits jeder demokratischen Kontrolle befindet.

Diese Demokratie der Staatsbürger muss aber ebenso eine Meinungsfreiheit zurückgewinnen, die im Namen genau der Pressefreiheit ausgehöhlt worden ist, die es erlaubt hat, eine nahezu unbegrenzten Kontrolle über die Kommunikationsmedien von Seiten der Privatbürokratien aufzubauen. Eine Pressefreiheit, die derart missbraucht worden ist, hat zu einer breiten Unterdrückung der Meinungsfreiheit geführt. Deshalb ist es nötig, die Pressefreiheit derart zurückzugewinnen, dass sie ein Gefährd der Meinungsfreiheit des Staatsbürgers wird.

Etwas ähnliches muss mit der Wahlfreiheit geschehen. Sie muss in dem Sinn zurückgewonnen werden, dass der Staatsbürger in die Lage versetzt wird, seine Repräsentanten entsprechend solcher Überzeugungen zu wählen, die er in einem Umfeld garantierter Meinungsfreiheit entwickelt hat. Freie Wahlen durch freie Staatsbürger lassen sich aber nur insofern wieder zurückgewinnen, als den Privatbürokratien das Recht genommen wird, sich zu den wichtigsten Finanzquellen der zur Wahl stehenden Kandidaten zu erheben.

Allein unter diesen Umständen kann die freie Republik wieder zurückkehren: diejenige, die heute durch die Übermacht der Privatbürokratien ausgehöhlt worden ist. Sie hat ein Projekt, und das lautet: eine Gesellschaft, in der alle Menschen Platz haben, und sie produziert Reichtum, ohne die Springquellen der Produktion auszuhöhlen: die Erde und den Menschen als

Arbeiter. Es handelt sich um ein demokratisches Projekt, denn es entspricht nicht einer einzigen und alternativlosen Strategie, sondern einem Bündel von Strategien.

Marx fasst das mit folgenden Worten zusammen:

„Und gegenüber der alten Seekönigin erhebt sich drohend und drohender die junge Riesenrepublik.

Acerba fata Romanus agunt, Scelusque fraternae necis.“⁶

(Ein schweres Geschick verfolgt die Römer, nämlich das Verbrechen des Brudermords.)

Was Marx über das britische Imperium sagt – „alte Seekönigin“ –, das sagt er auch über Rom. Deshalb kann er Horatius zitieren, den römischen Dichter des 1. Jhs. v.Chr., und dessen Urteil über Rom, das für Marx genauso ein Urteil über das britische Imperium seiner Zeit ist. Heute würde das ein Urteil über die neue, alte Seekönigin sein, und das ist die USA.

Dieses Urteil ist ein verdammendes Urteil. Die alte Seekönigin ist durch sich selbst verdammt. Ein Fluch liegt auf ihr, der sie zu einem schweren Schicksal verurteilt. Es ist der Fluch des Brudermords, auf dem ihre Macht beruht. Das lässt andere Züge erscheinen: es ist der Leviathan, ein Monster, das aus dem Meer auftaucht.

Gegenüber dieser brudermörderischen Macht sieht Marx, wie sich die „junge Riesenrepublik“ erhebt. Dabei handelt es sich um die Republik, die in dem Moment aus der Zivilgesellschaft von unten geboren wird, in dem es ihr gelingt, sich zur gültigen Demokratie zu machen.

Und hier liegt heute unsere Aufgabe – die Aufgabe für unsere Bewegung, die sich der gegenwärtigen Globalisierungsstrategie entgegenstellt. Es geht darum, Demokratie zurückzugewinnen, Meinungsfreiheit zurückzugewinnen, und somit die Fähigkeit des Staatsbürgers zurückzugewinnen, die Privatbürokratien der transnationalen Unternehmen zu kontrollieren, um die Wirtschaft in den Dienst des menschlichen Lebens und der Natur zu stellen. Das ist die Aufgabe der Realisierung des Allgemeinwohls.

(Aus dem Spanischen von Anne Stickel)

Franz J. Hinkelammert
franz@correo.co.cr

⁶ Marx, Karl, *a.a.O.*, S. 740.